

STRATEGISCHE FRAGEN ZUR SICHERHEIT IN SÜDOSTEUROPA

Fikret Muslimović

Zusammenfassung eines Vortrages an der Landesverteidigungsakademie Wien

Zusammenfassung eines Vortrages an der Landesverteidigungsakademie Wien

Sicherheitsaspekte in Demokratie- und Menschenrechtsfragen

- Anhänger großserbischer und großkroatischer Konzepte haben versucht, das Territorium Bosnien-Herzegowinas (BiH) zu erobern und ihre antidemokratischen, anti-zivilisatorischen Ziele mit aggressiven Mitteln zu verwirklichen.
- Die entscheidende Frage, die es jetzt zu stellen gilt – 4 Jahre nach dem Dayton Friedensvertrag –, ist, wie wir demokratische Potentiale stärken können, so daß sich in der Region Stabilität ausbreitet. Eine bessere Organisation demokratischer Parteien in allen Ländern Südosteuropas sowie die Schaffung von Verbindungen zwischen ihnen ist Voraussetzung für die Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Demokratie.
- Der Stabilitätspakt wurde mit dem Ziel initiiert, ein demokratisches "Ambiente" in der Region zu schaffen. Antidemokratische Kräfte in der Nachbarschaft BiH's sollen so umgeformt werden, daß sie die territoriale Unabhängigkeit BiHs achten. In Zukunft wird die Unabhängigkeit und Integrität BiHs die entscheidende sicherheitspolitische Frage der Region sein.
- Demokratische Kräfte in Südosteuropa versuchen, den Haß zu überwinden und ein gemeinsames politisches Leben auf die Fundamente von Achtung und Toleranz zu stellen. Die antidemokratischen Kräfte in der Region hingegen wollen am Status quo festhalten und den Haß zwischen den Nationen vertiefen. Sie versuchen zu insinuieren, daß das gemeinsame Leben zwischen den Völkern nicht möglich sei. Zweifelsohne bedarf es großer Anstrengungen, um Toleranz und Vertrauen für ein gemeinsames Leben wiederherzustellen.
- Wir hatten eineinhalb Jahrzehnte (nach Titos Tod) Zeit, uns darauf zu einigen, welche politischen Konzepte wir bevorzugen. Mitte der achtziger Jahre waren diese Konzepte noch nicht klar – nun sind sie es. Im nächsten Millennium können wir davon ausgehen, daß wir Friedens- und Stabilitätskonzepte eher favorisieren als die des Nationalismus und der ethnischen Ausgrenzung. In dieser Hinsicht kann der Stabilitätspakt tatsächlich die Standards demokratischen Benehmens heben.
- Klar ist aber auch, daß in der Praxis jeder für sich beansprucht, Demokrat zu sein – auch Kriegsverbrecher, die noch immer am politischen Leben teilnehmen. In der politischen Realität des ehemaligen Jugoslawiens stellt sich das als riesiges Problem dar. Was die Völker Ex-Jugoslawiens brauchen ist Friede und Gerechtigkeit. In diesem Punkt gibt es keinen Unterschied zwischen Serben, Kroaten, Bosniaken, Herzegowinern und Montenegrinern. Die große Herausforderung der nächsten Jahre wird darin bestehen, das Wahlvolk dahingehend zu sensibilisieren, zwischen Demokraten und Nichtdemokraten unterscheiden zu können.

Flüchtlingsrückkehr als wichtigste Frage der Sicherheit und des Friedens

- Abgesehen von den Extremisten sind alle politischen Faktoren in BiH offiziell für die Flüchtlingsrückkehr. Oberflächlich gehören auch die Demagogen dazu, die die Rückkehr predigen und exakt gegenteilig handeln und somit den Prozeß der Versöhnung verzögern. Insofern sind diese antidemokratischen Kräfte, die schon im Krieg für ethnische Säuberungen verantwortlich waren, die größte Gefahr für Stabilität und Frieden in BiH. Heute variieren ihre Methoden: sie kaufen Zeit, verschleppen und spekulieren damit, daß das Interesse an Flüchtlingsrückkehr nachläßt.
- Der Dayton-Friedensvertrag skizzierte die Rahmenbedingungen für Flüchtlingsrückkehr. Demagogen versuchen heute, die Angehörigen ihrer Volksgruppe zu überzeugen, daß ein Zusammenleben unter einem Dach nicht mehr möglich sei und sie statt dessen ihre Liegenschaften tauschen oder anderwertig finanzielle Entschädigung annehmen sollen. Sie tragen letztlich zu einer Verlängerung und Intensivierung der ethnischen Säuberung bei. Auch in dieser Hinsicht besteht eine der vorrangigen Herausforderungen darin, dem Wahlvolk zu erklären, daß diese politischen Faktoren kein Interesse an einem dauerhaften Frieden haben.
- Darüber hinaus muß es endlich zu einem Fortschritt in der Frage der sogenannten "nationalen Minderheiten" kommen. In Kroatien und der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) sehen wir, daß bestimmte Minderheiten in der Verfassung keinen Platz haben. Genau aus diesem Grund fühlten sich Minderheiten in der Vergangenheit bedroht. Statt demokratische Prinzipien zu achten, negieren diese Regime in Wirklichkeit die elementarsten Grundfreiheiten. Auch in der Republika Srpska (RS) sind bosnische Kroaten und Bosniaken in ihren sozialen, politischen und religiösen Rechten beschnitten. Ebenso werden bosnische Serben in der Föderation auf mehreren Gebieten ungleich behandelt. Völlige Gleichberechtigung auf dem Gebiet Bosniens muß ein grundlegendes Prinzip der Realverfassung werden. Ungleichbehandlung einer Volksgruppe ist die Quelle der Instabilität der Region. Friede in BiH kann nur erhalten werden, wenn alle drei Volksgruppen als konstitutiv anerkannt werden. So ähnlich verhält es sich mit den Sandschakis, die eigene Rechte im Rahmen der BRJ wollen. Bislang wurde ihnen vorgeworfen, separatistische Tendenzen zu unterstützen, bloß weil sie eigene Minderheitenrechte in Anspruch nehmen wollten. Tatsächlich aber kann es niemand den Sandschakis verwehren, sich auf demokratischem Wege Rechte zu erkämpfen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die Sandschakis der großserbischen Unterdrückung entziehen werden.
- Das Hauptproblem in BiH besteht im Mißtrauen, das sich bosniakische und kroatische Führer entgegenbringen. Auf kroatischer Seite wird keine Gelegenheit ausgelassen, die Moslems zu beschuldigen, einen unitaristischen, zentralistischen Staat kreieren zu wollen. So wollen die bosnischen Kroaten den Ausbau der Föderation in institutioneller Hinsicht "verwässern". Auf der anderen Seite rechtfertigen sie ihre Verhinderungspolitik mit dem Argument, daß ein zentralistischer Staat eine Gefahr für sie darstelle.
- Wie kann man nun dieses Mißtrauen überwinden? Eine Antwort darauf ist nur möglich, wenn man definiert, wie akzeptable Verbindungen zwischen der Republik Kroatien und der Föderation aussehen und was bereits kroatische Taktik und Großmachtstreben darstellt. Ähnlich präsentiert sich die Situation in der RS. Bosnische

Serben sind ebenfalls gegenüber einem zentralistischen BiH skeptisch und wollen ein Zusammenwachsen des Staates torpedieren. Man kann es so formulieren: manche bosnisch-serbischen Politiker favorisieren noch immer einen Beitritt der RS zur BRJ.

Erziehungs- und Bildungsfragen und deren Bedeutung für Sicherheit und Frieden

- Erziehung und Bildung sind grundlegende Pfeiler einer zukünftigen Friedenspolitik in der Region und machen zugleich die grundlegenden Probleme der derzeitigen Situation sichtbar. Klar ist, daß Haß und Mißtrauen in den Schulen noch immer verbreitet und instrumentalisiert werden.
- Es muß ein Weg beschritten werden, der Toleranz als Grundlage des demokratischen Prozesses vermittelt. Das Problem besteht nun darin, daß die Erzieher selbst durchwegs politisch orientiert und ideologisch gefärbt sind. So muß man in Zukunft das Augenmerk darauf richten, den Kindern zu erklären, warum die Vertreibungen stattgefunden haben und so viele Massengräber geschaufelt wurden. Antworten auf diese Frage müssen folgendermaßen konzipiert werden: für alle drei Volksgruppen ist der Friede das Ideal, und Bestrafung müssen jene erfahren, die zu verbrecherischen Handlungen aufgerufen und solche verübt haben. In den Lehrmaterialien selbst sind heute problematische Passagen herausgenommen worden. Aber nur, wenn die Lehrer selbst eine Entideologisierung durchmachen, kann ein Beitrag zum Frieden geleistet werden.

Die Bedeutung des Stabilitätspaktes für die Integration in euro-atlantische Strukturen

Der Stabilitätspakt muß als Form einer organisierten Annäherung an euro-atlantische Integrationsmodelle – in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht – verstanden werden. Ohne glaubhafte demokratische Veränderungen und ohne stabile Nachbarschaftsbeziehungen werden die Länder Südosteuropas allerdings ihre Ziele nicht erreichen können. An ihnen liegt es, die Standards der internationalen Gemeinschaft einzuführen. In BiH heißt das konkret, daß der Dayton-Prozess forciert werden muß, und zwar in seiner Gesamtheit und nicht bloß in denjenigen Aspekten, die mit den Zielen einer bestimmten Volksgruppe übereinstimmen.

Der Dayton-Friedensvertrag muß demgemäß zwar nicht verändert, sehr wohl aber ergänzt werden, um den geänderten Umständen zu entsprechen. Es ist notwendig, ein dynamisches Verhältnis zum Dayton-Vertrag zu entwickeln. Ergänzungen und Verbesserungen müssen leichter möglich gemacht werden. In der Praxis heißt das auch, daß die gemeinsamen Institutionen gestärkt werden müssen. Nur wenn man diese Perspektive im Auge behält, wird man von einem nachhaltigen Friedensprozeß in BiH sprechen können.

Probleme des militärischen Annexes im Dayton-Friedensvertrag

- Militärische Fragen sind im Dayton-Friedensvertrag ungenügend geregelt. Obgleich 1996 akzeptabel, präsentieren sich die Umstände heute doch in einem anderen Licht – insbesondere, wenn es darum geht, eine Perspektive zur Integration BiHs in "Partnership for Peace" (PfP)-Strukturen zu entwickeln. Es muß hierbei die Frage gestellt werden, ob BiH tatsächlich zwei Armeen benötigt oder man nicht vielmehr in die Richtung einer einzigen streben sollte. Ich argumentiere, daß das Fortbestehen zweier Armeen tatsächlich als friedensbedrohend eingeschätzt werden kann und nicht

mehr argumentierbar ist, soll eine europäische Integration angestrebt werden. Nur eine integrierte BiH-Armee könnte in NATO/PfP-Strukturen eingebunden werden.

- Überdies gibt es innerhalb der Föderationsarmee ebenfalls Probleme. Insbesondere geht es dabei um die Formation zweier Verteidigungsministerien, zweier Armeen mit parallelen Befehlsstrukturen und Kommanden. Bloß ein Beispiel: in operativer Hinsicht hat der Kommandant keinen Einfluß auf Kader und Einheiten der HVO – der Generalstab der Republik Kroatien hat die militärische Befehlsgewalt. Dies stellt eine drastische Einmischung in die inneren Angelegenheiten und eine Bedrohung der territorialen Integrität BiHs dar, die durch die Nachbarstaaten initiiert wird.

Demilitarisierungstendenzen – Sicherheitsdimension

- Anstatt gegenseitiges Vertrauen in BiH herzustellen, gibt es unter dem Einfluß von Kroatien und der BRJ Kräfte, die einer Demilitarisierung BiHs noch immer skeptisch gegenüberstehen. Tragische Folgen hätte es allerdings, wenn wir Demilitarisierung als physisches Unterbinden jeglicher militärischer Effektivität begreifen würden. Erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden ist eine Balance des militärischen Potentials in ganz Südosteuropa. Die demokratische Kontrolle ziviler Organe präsentiert sich als einzige Möglichkeit, Mißbräuche zu unterbinden. Dazu gehört auch eine maximale Rationalisierung der Militär- und Verteidigungsausgaben.
- Darüber hinaus muß auch eine Balance der sicherheitspolitischen Ziele in der Region hergestellt werden. Eine glaubhafte und nicht bloß rhetorische Minderheitenpolitik gehört dazu. Diese Balance ist vielleicht die entscheidende, um dauerhaften Frieden zu ermöglichen.

Brigadier Fikret MUSLIMOVIĆ
Streitkräfte der moslemisch-kroatischen Föderation
Bosnien-Herzegowina
Erschienen in
Informationen zur Sicherheitspolitik Nr. 24, April 2000
Konfliktentwicklung auf dem Westbalkan